

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)
Groupement suisse pour les régions de montagne (SAB)
Gruppo svizzero per le regioni di montagna (SAB)
Gruppa svizra per las regiuns da muntogna (SAB)

3001 Bern / Seilerstrasse 4 / Postfach 7836 / Tel. 031/382 10 10 / Fax 031/382 10 16
Internet <http://www.sab.ch> E-Mail info@sab.ch Postkonto 50-6480



Bern, 10. August 2016

SAB-Medienmitteilung Nr. 1118

Berggebiete sagen Nein zur Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB empfiehlt, im Rahmen der Volksabstimmung vom 25. September 2016 die Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“ abzulehnen. Die Initiative würde die Lebensqualität und die Wirtschaft in den Berggebieten und ländlichen Räumen massiv belasten. Anstelle neuer einschränkender Gebote und Verbote soll das Konzept der Grünen Wirtschaft weiterhin auf freiwilliger Basis umgesetzt werden.

Am 25. September 2016 kommt die Volksinitiative „für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft“ zur Abstimmung. Diese Volksinitiative würde zu massiven Einschränkungen für die Bevölkerung und die Wirtschaft führen. Davon besonders betroffen wären auch die Berggebiete und ländlichen Räume. Die Landwirtschaft müsste weitgehend umgebaut werden. Das Direktzahlungssystem würde noch viel stärker auf rein ökologische Zahlungen ausgerichtet. Die Landwirte würden damit immer mehr zu Landschaftsgärtnern degradiert. Das liegt nicht im Interesse einer produzierenden Landwirtschaft und der Versorgung der Schweiz mit einheimischen Nahrungsmitteln. Durch die Initiative würde auch die Mobilität massiv verteuert. Die Berggebiete und ländlichen Räume sind wegen des relativ schlechteren öV-Angebotes in besonderem Ausmass auf den Strassenverkehr angewiesen. Auch der Tourismus, welcher für die Berggebiete und ländlichen Räume von existenzieller Bedeutung ist, würde durch die Initiative noch weiter verteuert. Dabei kämpft der Tourismus heute schon mit massiven Kostennachteilen gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Die Folgen der Aufhebung des Euro-Wechselkurses sind noch lange nicht verdaut. Eine Annahme der Initiative würde Transportleistungen, Nahrungsmittel und weitere

Vorleistungen des Tourismus massiv verteuern und damit mit grösster Wahrscheinlichkeit etlichen Tourismusbetrieben das Genick brechen. Das gleiche gilt für die exportorientierten Industriebetriebe wie die Uhrenindustrie im Jurabogen oder die chemische und metallverarbeitende Industrie in den inneralpinen Tälern, deren Produkte nochmals weiter verteuert würden.

Grüne Wirtschaft geht auch ohne Zwängerei

Einen Vorgeschmack darauf, welchen Wust an bürokratischen Auflagen eine Annahme der Initiative mit sich bringen würde, zeigte der indirekte Gegenvorschlag des Bundesrates, welcher vom eidgenössischen Parlament zum Glück abgelehnt wurde. Mit ihrem Nein zur Volksinitiative erteilt die SAB keineswegs dem Konzept einer Grünen Wirtschaft eine Abfuhr. Die SAB sieht darin durchaus Potenziale, beispielweise in der Förderung regionaler Wertschöpfungsketten und in der Nutzung einheimischer Potenziale. Diesbezüglich gibt es bereits zahlreiche gute Beispiele wie Fondazione Alpina per le Scienze della Vita in Olivone (TI), die Bergkräuterbauern aus dem Bergell (GR) oder auch die Initiative PhytoArk im Wallis. Diese Initiativen sind ohne staatliche Vorschriften und Zwängerei entstanden. Das ist aus Sicht der SAB auch in Zukunft der richtige Weg. Die Volksinitiative geht demgegenüber viel zu weit und schränkt die wirtschaftliche Tätigkeit und das Leben in den Berggebieten viel zu stark ein. Die SAB lehnt deshalb die Initiative entschieden ab.

Weitere Informationen:

Thomas Egger, Direktor SAB, Tel 031 382 10 10